

Presseinformation des Gemeinschaftsschulverbands Schleswig-Holstein

St. Peter-Ording hat die Wahl: Eine Schule für alle oder Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen

Der Gemeinschaftsschulverband Schleswig-Holstein ist entsetzt über die Beschlussvorlage der Gemeindevertretung St. Peter-Ording am kommenden Dienstag, den 10. Februar.

Die einzige weiterführende Schule in St. Peter-Ording ist die Nordseeschule. Sie ist ein Gymnasium mit Gemeinschaftsschulteil. Einige der Schülerinnen und Schüler kommen vom privaten Nordsee-Internat. Die Zahlen des Gemeinschaftsschulteils, der etwa drei Kilometer vom Standort des Gymnasialteils entfernt liegt, gehen seit Jahren zurück. Mittlerweile sind es so wenige, dass die Zahl der Lehrkräftestunden für einen eigenen Standort kaum noch ausreicht.

Die naheliegendste Lösung im Interesse aller Schülerinnen und Schüler wäre die Zusammenlegung der Schulen zu einer Gemeinschaftsschule mit Oberstufe. Damit würden alle Schülerinnen ein adäquates Lernangebot vorfinden. Alle Abschlüsse könnten in St. Peter-Ording gemacht werden.

Gegen das gemeinsame Lernen gibt es kein Argument außer Dünkel. Gemeinschaftsschulen arbeiten im ganzen Land mit großem Erfolg. Letztes Jahr verließen sie über zweitausend Schüler*innen mit dem Abitur. 2025 nahmen außerdem jeweils über 10.000 Schülerinnen und Schüler an den Prüfungen zu ESA und MSA teil.

Die Gemeinschaftsschule bietet allen Schülerinnen und Schülern die Sicherheit dazuzugehören und die Perspektive auf den höchstmöglichen Abschluss.

Aber statt dieses Angebot im Interesse der Schülerinnen und Schüler zu realisieren, werden auf eine zum Teil unerträgliche Art Ängste geschürt: „Die beste Bildung müsste garantiert werden. Dies funktioniert nicht, wenn Gemeinschaftsschüler einfach mit am Gymnasium unterrichtet werden“, so Alina Krügel vom Personalrat der Nordseeschule. Diese Aussage ist ignorant. Alle unsere Nachbarländer und alle Gemeinschaftsschulen lassen die Schüler*innen bis Jahrgang 10 gemeinsam lernen. Aber das Gymnasium will die Schülerinnen und Schüler des Gemeinschaftsschulteils einfach nicht haben. Um diesem Abgrenzungsbedürfnis Genüge zu tun, soll ihnen stattdessen zugemutet werden, jeden Tag mindestens 22 Kilometer bis zur Gemeinschaftsschule mit Oberstufe nach Tönning zu fahren. Gesetzt dem Fall, die Eider-Treene-Schule hat die Kapazität, sie aufzunehmen, sonst müssen sie noch weiter.

Als Argument für die Auflösung der Gemeinschaftsschule wird ein Gutachten von PROKultur angeführt. Dort heißt es, es gebe „keine tragfähigen Perspektiven (...) den Gemeinschaftsschulteil der

Nordseeschule dauerhaft zu stabilisieren oder weiterzuentwickeln, ohne dabei das Gymnasium strukturell, personell oder qualitativ zu beeinträchtigen.“ Auch hier wird deutlich: Das exklusive Gymnasium hat Priorität, dem Wunsch nach Abgrenzung müssen die Interessen der Schüler*innen des Gemeinschaftsschulteils untergeordnet werden. Das Gutachten ist ein Musterbeispiel dafür, dass, wer die falschen Fragen stellt, nur falsche Antworten bekommt: Der Erhalt beider Schulteile als getrennte Systeme ist strukturell nicht möglich. Aber es gibt zwei Möglichkeiten, mit dem Problem umzugehen: eine Schule für alle oder Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen.

Leider ist der Ruf nach Diskriminierung der Wenigen um dem Wunsch nach Exklusivität zu entsprechen, in Sankt Peter-Ording sehr laut. „Um dies deutlich zu machen, wählte Tim Schaefer, Geschäftsführer des Nordsee-Internats, bei der öffentlichen Sitzung des Schulverbandes am Donnerstagabend ein makabres Bild: Wenn man einen kranken Diabetesfuß habe, dann müsse man sich vom Fuß trennen oder sterben.“ (Gerrit Eggers, Emotionale Debatte über Schulschließung in SPO: Gemeinschaftsschüler des Internats gehen nach Tönning, SHZ 11.10.2024)

Als Gemeinschaftsschulverband appellieren wir an die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter diesen menschenverachtenden Stimmen nicht nachzugeben. Das Recht auf Bildung zählt zu den zentralen Menschenrechten. Gerade in einer Krise der Demokratie, wie wir sie derzeit erleben, müssen wir Kindern und Jugendlichen das Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln und nicht das Gefühl von Ausgrenzung.

Wir fordern die Gemeindevertretung von St. Peter-Ording darum auf, die Beschlussvorlage „Schullandschaft St. Peter-Ording – Zukunft der Nordseeschule“ vom 27. Januar 2025 abzulehnen und stattdessen eine konstruktive Debatte darüber zu führen, wie man den Bildungsbedürfnissen aller Kinder und Jugendlichen in St. Peter-Ording gerecht werden kann: an einer Schule, die für alle da ist.

Der Gemeinschaftsschulverband und seine Mitglieder stehen gerne beratend zur Verfügung.

Johann Knigge-Blietschau

(Co-Vorsitzender des Gemeinschaftsschulverbandes – GGG - Gemeinnützige Gesellschaft
Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V. – LV Schleswig-Holstein)

08.02.2026

Kontakt:

JohannKnigge-Blietschau@ggg-web.de